

Kurzmeldungen 10/17 – 01/18

Kriege

Die Zahl der kriegerischen Auseinandersetzungen weltweit lag 2017 bei insgesamt 31 Kriegen und bewaffnete Konflikten. Das geht aus Untersuchungen der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) der Universität Hamburg hervor. Gegenüber 2016 verzeichnete die AKUF damit einen Rückgang von 32 auf 31 kriegerische Konflikte.

Drei bewaffneten Konflikte wurden beendet und zwei neue Kriege begonnen. In Burundi, Mosambik und im nordöstlichen indischen Bundesstaat Assam endeten die bewaffneten Konflikte. In der Demokratischen Republik Kongo hingegen entwickelten sich die Ende 2016 in der Kasai-Provinz begonnenen gewaltsamen Auseinandersetzungen zum Krieg. Nach Jahren der einseitigen Gewalt gegen die muslimische Minderheit der Rohingya im Südwesten von Myanmar eskalierte dort ebenfalls ein Krieg, der zwischen Rohingya-Rebellen und der Armee Myanmars geführt wird.

Die von Kämpfen zahlenmäßig am stärksten betroffene Weltregion war 2017 der Vordere und Mittlere Orient mit 12 Kriegen und bewaffneten Konflikten. Es folgten Afrika und Asien mit neun beziehungsweise acht kriegerischen Konflikten. In Lateinamerika und in Europa war jeweils ein Krieg zu verzeichnen.

Am meisten Aufmerksamkeit erhielt 2017 der Krieg gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS) in seinen Kerngebieten in Irak und Syrien. Nach monatelangen Kämpfen konnten die größeren Städte Mossul und Rakka zurückerobert werden.

Weitere wesentliche Austragungsorte von Kriegen waren 2017 Afghanistan, Somalia, Nigeria, die Demokratische Republik Kongo, Südsudan und der Jemen.

In Kolumbien wurde der Friedensprozess zwischen den FARC und der Regierung fortgeführt. Allerdings dauerten die Kampfhandlungen mit der kleineren Rebellengruppe ELN den größten Teil des Jahres an. Ab dem 1. Oktober wurde hier ein Waffenstillstand vereinbart.

Quelle: Universität Hamburg | Wolfgang Schreiber

http://www.sonnenseite.com/de/politik/zwei-neue-kriege-drei-beendete-konflikte.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%202023.%20Dezember%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 20.12.17

PESCO

Auf der Tagung des Europäischen Rats am 14./15.12.17 wurde die „permanente und verstärkte EU-Kooperation in der Verteidigungspolitik“ (PESCO) beschlossen. Das ist der Einstieg in eine EU-Militärunion. Dazu wurden vom Europäischen Rat 17 Großprojekte verabschiedet, die dem Aufbau gemeinsamer EU-Militärstrukturen dienen. Seit 2010 besteht schon das Europäische Lufttransportkommando. Deutschland übernimmt nun den Aufbau eines Europäischen Sanitätskommandos mit einem multinationalen Rettungszentrum und baut Logistikstrukturen auf, die Eigenständigkeit gegenüber den USA ermöglichen sollen. Mit einem Netzwerk von Logistik-Hubs sollen die Vorausstationierung militärischen Materials und die Transportwege optimiert werden. Auch das neue NATO-Logistikkommando soll auch in Deutschland angesiedelt werden.

Hinzu kommt die Entwicklung einer Krisenreaktionsinitiative und eines militärischen Trainingszentrums für EU-Ausbildungseinsätze.

Quelle: GFP 11.12.17 <http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/011151.html>

Neue NATO-Planungen

Russland kontrolliert Medien und nutzt sie für langfristige und kontinuierliche Propaganda mit dem Ziel, das Vertrauen westlicher Gesellschaften in die eigenen Institutionen und politischen Eliten zu untergraben. Dafür werden aggressive Cyberangriffe mit massiver Propaganda kombiniert.

Die NATO entwickelt deshalb Pläne zum Kampf um den „Informationsraum“. Dabei geht es um die Deutungshoheit und schnelle Eingreiftruppen (VJTF) für Einsätze in der Nähe Russlands. Die NATO ist in einen permanenten Informationskrieg mit Russland eingetreten. Dazu zählt die Beeinflussung und Ausbremsung von Entscheidungsprozessen durch „soziale Medien“, Verschwörungstheorien, die Entstehung alternativer politischer Eliten und Fakten

2014 erfolgte die Gründung eines "NATO-Kompetenzzentrums für Strategische Kommunikation" in Riga. Mittlerweile gibt es 24 solche Kompetenzzentren.

Für Konfrontationen mit Russland soll die Bundeswehr künftig drei schwere gepanzerte Divisionen mit 14 Artilleriebataillonen in die NATO einbringen. Bis 2026 soll eine erste Division die volle Einsatzfähigkeit erreicht haben. Nach dem Ende des „Kalten Krieges“ wurde dieser Teil der Bundeswehr von knapp 40 auf drei Bataillone zusammengestrichen.

Quelle: IMI-Analyse 2017/44, BAKS-Arbeitspapier 24/2017, <http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/011167.html>

Entwicklungen in Syrien

Im Oktober wurde Raqqa, die „Hauptstadt“ des sogenannten Islamischen Staates (IS) befreit. Seit dem stand die Stadt unter Kontrolle der Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF), die von Kurden angeführt und von den USA unterstützt werden.

Am 2.11.17 zitierte der offizielle syrische Fernsehsender eine militärische Quelle, die angab, dass Einheiten der syrischen Streitkräfte mit Unterstützung verbündeter Kämpfer und der russischen Luftwaffe die Stadt Deir ez-Zor vollständig vom IS befreien konnten. Der außenpolitische Berater des obersten geistlichen Führers des Iran, Ali Akbar Velayati, drohte am 3.11.17, daß die syrischen Truppen sehr bald nach Raqqa vordringen und die Stadt unter ihre Kontrolle bringen würden.

Die Einnahme der Stadt al-Bukamal zeigt einmal mehr, dass sich der iranische Korridor durch die Levante, den die USA zu verhindern versuchen, weiter verfestigt. Der Iran ist dadurch in der Lage, seine Truppen auf dem Landweg von Teheran bis nach Beirut zu bewegen und Verbündete in der Region leichter mit Waffen zu beliefern.

Israel hat bereits mehrfach Ziele in Syrien bombardiert, um Waffentransport an die Hisbollah zu verhindern. Der Iran baut angeblich auf den Golanhöhen, ca. 50 km von der israelisch-syrischen Grenze entfernt, eine dauerhafte Militärbasis auf. Auch die mögliche Nutzung syrischer Flughäfen durch das iranische Militär stößt in Tel Aviv auf massive Ablehnung.

Israel befürchtet, daß die Hisbollah unter dem atomaren Schutzschirm des Iran gegen Israel vorgehen könnte.

Ende Oktober trafen sich Vertreter der PKK/YPG und des syrischen Regimes in Damaskus. Weitere Treffen, unter anderem mit Ali Mamluk, dem Geheimdienstchef des Assad-Regimes, fanden in Qamishli in Nordsyrien und vermutlich auch auf der russischen Luftwaffenbasis Hmeimim in Latakia statt. Die syrische Regierung soll den Kurden bei diesen Treffen vorgeschlagen haben, ihnen Autonomie zu gewähren. Im Gegenzug sollen sich die kurdischen Milizen aus Städten, deren Bewohner überwiegend Araber sind, rückziehen. Die Kurden lehnten den Vorschlag ab und forderten stattdessen eine „föderale Zone“. Inzwischen droht die Türkei militärisch in diese Gebiete einzufallen. Das am 25.9.17 durchgeführte Referendum der irakischen Kurden über ihre Unabhängigkeit vom irakischen Staat hat die Nachbarstaaten Iran, Irak und die Türkei zu gemeinsamen Aktionen veranlasst. Indes haben die Kurden sich bereiterklärt, das Ergebnis des Referendums vorläufig auszusetzen und mit der Zentralregierung zu verhandeln. Abadi lehnte das Angebot ab und verlangte die vollständige Annullierung der Volksbefragung. Quelle: <https://www.swp-berlin.org/projekte/mapping-local-landscapes-in-the-syrian-conflict-actors-networks-and-structures/newsletter/>

Konflikt um Iran-Politik

US-Präsident Trump hat am 13.10.17 seine Wochen zuvor angekündigte neue Iran-Strategie veröffentlicht. Ziel der neuen Strategie ist es, Irans Einfluss im Nahen und Mittleren Osten einzuschränken. Zu diesem Zweck soll der Druck auf Iran verstärkt werden.

(<https://de.usembassy.gov/de/iran-strategie/>)

In Reaktion auf die Rede des amerikanischen Präsidenten erklärte der Chef der Internationalen Atombehörde (IAEA), Yukia Amano, Iran halte sich an das Abkommen. Die Außenbeauftragte der EU, Federica Mogherini, sagte am 13. Oktober laut dpa, das Atomabkommen sei kein bilaterales Abkommen, das von einem Land gekündigt werden konnte. "Wir können es uns als internationale Gemeinschaft nicht leisten, ein Abkommen zu gefährden, das funktioniert und seine Ziele erfüllt."

Am 15. 10.17 bekräftigten Bundeskanzlerin Angela Merkel und die britische Premierministerin Theresa May in einem Telefonat, dass sie an dem Atomabkommen mit Iran festhielten, fügten aber hinzu, dass die Weltgemeinschaft Wege finden müsse, um die destabilisierenden Aktivitäten Irans und der Weiterentwicklung seines Raketenprogramms Einhalt zu gebieten. Die Staats- und Regierungschefs der EU warnten auf einem Gipfel in Brüssel die USA vor einer Kündigung des Atomabkommens.

Der wissenschaftliche Beirats von attac Deutschland warnt vor einem Krieg gegen den Iran (<https://www.boell.de/de/2017/11/03/iran-report-112017>).

Nach offiziellen Angaben des Ministeriums für Gesundheit sind zwischen März 2016 und März 2017 allein in der Hauptstadt Teheran 4.810 Menschen infolge von Luftverschmutzung gestorben.

Innenminister Abdolresa Rahmani Fasli schrieb in seinem Jahresbericht zur sozialen Lage des Landes, der landesweite Durchschnitt der Arbeitslosigkeit liege zwar bei 12%, doch in manchen Städten seien bis zu 60% der Erwerbsfähigen arbeitslos. Die Zahl der Slumbewohner wurde mit 11 Millionen angegeben. Es gibt 1,5 Millionen Drogensuchtige im Iran.

Trump zu Jerusalem

Trump nannte Jerusalem die "Hauptstadt" Israels, nicht die "ungeteilte Hauptstadt". Damit bleibt die Möglichkeit weiter erhalten, dass die Palästinenser den Israelis ein Stück der Stadt abverhandeln, um daraus ihre eigene Hauptstadt zu machen. Ob und wie eine Teilung Jerusalems möglich sei, müssten Israelis und Palästinenser unter sich ausmachen, so Trump.

Statt nun einfach das US-Konsulat in Jerusalem in eine Botschaft umzuwidmen, soll eine neue Botschaft gebaut werden. Das kann aber noch Jahre dauern.

Zuvor gab es Mail-Kampagnen von evangelikalen Gruppen, die Trump im Wahlkampf unterstützten (Aufrufe dazu von den Pastoren John Hagee und Mike Huckabee) und Forderungen proisraelischer Spender der AIPAC und dem Presse milliardär Sheldon Adelson.

In der Administration sind Evangelikale vor allem Vizepräsident Mike Pence, Johnnie Moore und die Tochter von Mike Huckabee, Sarah. Sie ist Trumps Sprecherin.

Quelle: <http://www.sueddeutsche.de/politik/trumps-aussenpolitik-trump-behandelt-jerusalem-wie-eine-immobilie-1.3780484> 6.12.17

<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/evangelikale-unterstuetzen-trumps-vorhaben-jerusalem-als-hauptstadt-anzuerkennen-15329888.html> 7.12.17

BVerfG-Richterwahl

Josef Christ wurde im September vom Deutschen Bundestag zum 107. Richter am Bundesverfassungsgericht gewählt – erstmalig nicht durch den Wahlausschuss, sondern das Plenum des Bundestages. Die BVerf-Richter werden zur Hälfte vom Bundestag und vom Bundesrat gewählt. Im Bundesrat geschieht dies durch Plenumsentscheidung. Der Bundestag hingegen delegierte die Richterwahl bislang an einen 12-köpfigen Wahlausschuss.

Da jedoch stets eine qualifizierte Mehrheit erforderlich ist, sind die politischen Parteien auf Kooperation angewiesen. Daher entwickelte sich die Konvention, nach der den beiden großen Parteien für jeweils die Hälfte der Senatsmitglieder ein Vorschlagsrecht zukommt, welches sie beizeiten an ihre „kleinen“ Koalitionspartner oder nahestehenden Parteien abtreten. Eine wesentliche Rolle beim „Aushandeln“ von für alle Parteien akzeptablen KandidatInnen kommt dabei den Obleuten der Fraktionen zu. Die eigentliche Wahl erfolgt dann oftmals einstimmig.

So sah sich das Gericht in den Jahren 2012 bis 2014 für heutige Verhältnisse ungewöhnlich scharf formulierter Kritik ausgesetzt, die sich etwa an Entscheidungen zur Vorratsdatenspeicherung, zur Gleichstellung homosexueller Paare und zur 3%-Hürde bei Europawahlen entzündete. In der Folge wurden weitreichende Reformen angedacht, um das Bundesverfassungsgericht zu disziplinieren.

Kleineren Parteien und Parlamentariergruppen kommt nun bei der Richterwahl künftig ein größeres Gewicht zu, um ihre politischen Interessen durchzusetzen. Sie besitzen eine Veto-Position.

Quelle: Nico Schröter (JuWiss)

Sperrklausel in NRW gekippt

Für Räte und Kreistage darf es in NRW keine Sperrklausel geben. Die entsprechende Änderung der Landesverfassung war rechtswidrig, entschied der VerfGH NRW. Die rot-grüne Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat 2016 mit den Stimmen der CDU-Opposition eine Sperrklausel bei Kommunalwahlen eingeführt. Damit sollten Parteien und Wählervereinigungen mindestens 2,5 % der Stimmen holen müssen, um in die Räte und Kreistage einziehen zu können. Dafür wurde Art. 78 Abs. 1 der Landesverfassung (LVerf NRW) geändert. Geklagt haben insgesamt acht Parteien (ÖDP, Tierschutzpartei, Piratenpartei, Die Linke, Freie Wähler, Bürgerbewegung PRO NRW, NPD, Die Partei). Der VerfGH hat festgestellt, dass der Landtag seinerzeit verfassungswidriges Verfassungsrecht beschlossen und geschaffen hat und hierdurch die Antragsteller in ihren Rechten verletzt hat.

Quelle: <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/verfgh-15-16-sperrklausel-parteien-2-5-prozent-landtag-nrw/> 21.11.17

Smart Meter

Grundsätzlich ist die Laststeuerung in der Elektroenergieversorgung auf der Abnehmerseite eine sinnvolle Möglichkeit, um die Stromnetze zu regeln. Die automatische Auslesung ist dafür notwendig und wurde gesetzlich beschlossen. Man kann aber auch eine theoretisch mögliche Rückspeisung selbst erzeugter Elektroenergie damit abrechnen. Diese automatische Auslesung soll langfristig auch auf Wasserzähler und Gaszähler ausgedehnt werden. Eine Ablesung wie bisher ist aber billiger. Ein Smart Meter mit Installation kostet je nach Ausführung etwa 100 Euro und jährlich 10 Euro/Jahr. Der Ausleser kostet jährlich nur einmal 3,60 Euro.

Kleinverbraucher werden weiter einmal pro Jahr ausgelesen, Großverbraucher alle 15 min. Die Daten sind für die letzten 2 Jahre abrufbar. Smart Meter machen zunächst nur Sinn bei Großverbrauchern. Nur dort kann man mit geringem Aufwand große Leistungen steuern und mit wechselnden Stromtarifen abrechnen. Stromsparen kann man damit nicht. Man könnte die Stromversorgung auch über Fernwartung abschalten, wenn der Kunde nicht bezahlt. Dadurch ergeben sich aber auch große Sicherheitsrisiken für Angriffe auf die Energieversorgung.

Die Übertragung mit Handynetze wäre sinnvoll und störungssicher. Die Verschlüsselung wird bei der Zulassung getestet. Aber man kann die Software im Smart Meter von der Zentrale aus tauschen und dann ganz andere Funktionen auch zur Überwachung realisieren. Zur Überwachung ist das zwar nicht notwendig, aber es ist wieder ein zusätzlicher Pfad, auf dem man die Verbraucher ausforschen kann.

Die Datenübertragung mit Powerline (Datenübertragung über die Stromleitung zum Versorger) würde zusätzlichen Elektrosmog auch in der Wohnung erzeugen. Dagegen kann man HF-Sperrren einbauen, damit die HF nicht in das Hausnetz hinein ausbreiten kann. Man kann das Smart Meter auch direkt an DSL anschließen, wenn vorhanden. Damit wäre es aber leichter von außen angreifbar.

Quellen:

Herstellerinfos: <http://lackmann.de/zaehlermanagement/smart-meter-gateway-administration/>

Technische Richtlinie BSI TR-03109-1:

https://www.bsi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/BSI/Publikationen/TechnischeRichtlinien/TR03109/TR03109-1.pdf?__blob=publicationFile&v=1

Smart-Meter-Kommunikation [Http://www.etz.de/files/e21130zst_ssv.pdf](http://www.etz.de/files/e21130zst_ssv.pdf)

Studie der Dena zur Einführung von Smart Meter

https://shop.dena.de/fileadmin/denashop/media/Downloads_Dateien/esd/9092_dena-Smart-Meter-Studie.pdf

EU-Recht auf Eigenerzeugung von Strom

Der EU-Ministerrat akzeptierte am 18.12.17 das Recht auf eigene Stromerzeugung und CO₂-Obergrenzen für Kraftwerke, die mit Kapazitätsmechanismen finanziert werden sollen.

Es wurden Etappenziele für 2023 (24%) und 2025 (40%), sondern auch für 2027 (60%) für die Erzeugung erneuerbarer Energien festgelegt. Allerdings hat der Rat abgelehnt, dass die Kommission quantitative Empfehlungen gegenüber einzelnen Mitgliedsländern aussprechen kann, wenn sie ihre Ziele nicht erreichen.

Quelle: pv magazine 04/2017

http://www.sonnenseite.com/de/politik/eu-ministerrat-betont-recht-auf-eigenerzeugung.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2023.%20Dezember%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 22.12.17

Erneuerbare-Anteil liegt 2017 bei über 36%

Die Erneuerbaren Energien werden 2017 voraussichtlich über 36% des Bruttostromverbrauchs in Deutschland decken. Mit einem Anteil von über 40% an der Stromerzeugung aus Erneuerbaren bleibt die Windenergie an Land weiterhin mit Abstand die stärkste Erneuerbaren-Quelle. Auf Platz 2 und 3 folgen Biomasse mit fast 24% (davon fast 3 Prozent biogener Anteil im Abfall) und Photovoltaik mit über 18%.

Prozentual gesehen verzeichnet die Stromerzeugung aus Windkraft an Land den größten Anstieg mit 49% auf gut 18 Mrd. kWh (2016: 12,3 Mrd. kWh). Nachdem die Stromerzeugung aus Wind onshore 2016 einen leichten Rückgang verzeichnete, legt sie 2017 voraussichtlich um 21 Mrd. kWh zu und erreicht gut 87 Mrd. kWh - das entspricht einem Anstieg von über 31% (2016: 66,3 Mrd. kWh).

Quelle: BDEW http://www.sonnenseite.com/de/energie/erneuerbaren-anteil-liegt-2017-bei-ueber-36-prozent.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2023.%20Dezember%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 21.12.17

Stromnetze

Nach einer neuen Studie von Agora Energiewende zur Optimierung der Stromnetze lassen sich die Transportkapazitäten der Stromübertragungsnetze innerhalb von 2-4 Jahren erheblich vergrößern. Zu den kurzfristigen Maßnahmen zählen unter anderem der Einsatz von Hochtemperaturleiterseilen, mit denen sich bis zu doppelt so viel Energie über vorhandene Hochspannungstrassen transportieren lässt, und der Einbau von speziellen

Transformatoren etwa an Umspannwerken, mit denen sich Strom von stark belasteten Netzabschnitten auf freie Netzabschnitte umleiten lässt. Die Leistungsfähigkeit bestehender Freileitungen kann zudem erhöht werden, in dem deren Temperatur kontinuierlich überwacht wird. Alle diese Maßnahmen sind Stand der Technik, werden aber nicht flächendeckend eingesetzt.

Als nächste Stufe der Netzoptimierung ab 2030 sieht die Studie die Einführung einer automatisierten Systemführung der Stromübertragungsnetze vor.

Quelle Agora Energiewende 2018

http://www.sonnenseite.com/de/energie/wie-mehr-strom-durch-bestehende-netze-passt.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%202013.%20Januar%202018%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 10.1.18

Studie „Toolbox für die Stromnetze“ https://www.agora-energiewende.de/fileadmin/Projekte/2017/Innovative_Netze_Toolbox/Agora_Netze_Toolbox_WEB.pdf

Fukushima

Mehr als eine Million Tonnen mit Tritium belastetes Wasser aus Fukushima soll ins Meer abgeleitet werden. Fast 7 Jahre liegt die Katastrophe im AKW Fukushima nun zurück. Der von der Kernschmelze betroffene Reaktor 3 enthielt gefährliche Mischoxid-Brennelemente aus Uran- und Plutoniumdioxid. Das Wasser, das man zur Kühlung der Reaktoren und Abklingbecken verwendet, täglich bis zu 200 Tonnen, verdampft nur zum Teil. Der Rest wurde und wird aufgefangen, sofern er nicht ins Grundwasser eindringt und ins Meer abläuft. Im April 2011 wurde bereits kontaminiertes Wasser aus dem Abfalllager ins Meer abgelassen, um für das stärker kontaminierte Wasser Platz zu schaffen, das zudem in Tanks gepumpt wurde.

Weil die Fischer und Nachbarstaaten wie Südkorea, China und Russland sich beschwerten, wurden immer mehr Tanks auf dem AKW-Gelände errichtet. Es ist nun abzusehen, dass keine neuen Tanks mehr im Gelände aufgestellt werden können und eine Lösung für das Problem gefunden werden muss. Die japanische Atombehörde NRA erinnerte nun daran, dass in diesem Jahr eine Entscheidung gefällt werden muß. Es handelt sich mittlerweile um mehr als 1 Million Tonnen mit Tritium kontaminiertes Wasser. Auch das gereinigte Wasser enthält weiter Tritium, das sich nur mit horrenden Kosten herausfiltern ließe. Schon lange wird von Tepco darauf gedrungen, mit Tritium belastetes Wasser ins Meer ablassen. In Japan wird das in allen AKWs entstehende Tritium routinemäßig ins Meer abgeleitet. Pro Jahr seien dies jährlich 60 Milliarden Becquerel an Tritium. Ein AKW darf mit Tritium belastetes Wasser nur ablassen, wenn die Radioaktivität 60.000 Becquerel pro Liter beträgt. Ein AKW darf mit Tritium belastetes Wasser nur ablassen, wenn die Radioaktivität 60.000 Becquerel pro Liter beträgt. Im Fall von Fukushima wäre die Menge höher. Nach dem NRA liegt die radioaktive Belastung des in den hunderten Tanks gesammelten Wassers zwischen einer und fünf Millionen Becquerel pro Liter.

Quelle: https://www.heise.de/tp/features/Fukushima-Mehr-als-eine-Million-Tonnen-mit-Tritium-belastetes-Wasser-soll-ins-Meer-abgeleitet-werden-3939632.html?wt_mc=nl.tp-aktuell.montag-freitag Florian Rötzer 12.1.18

Klimapolitik

Das CO₂-Budget, um das Zwei-Grad-Limit einzuhalten, schrumpft schnell. Ganze zwölf Jahre bleiben der Menschheit, bis die Emissionen an der selbst gesetzten Zielmarke kratzen.

Die gesamten Treibhausgasemissionen – einschließlich Methan und Lachgas – beliefen sich im Vorjahr auf 52,7 Milliarden Tonnen CO₂-Äquivalent. Und sie sollen bis 2030 noch steigen: wenn auch nur geringfügig auf 53 Milliarden Tonnen. Dann sind aber schon über 80 Prozent des verbleibenden CO₂-Budgets aufgebraucht, um die Erderwärmung im Mittel auf deutlich unter zwei Grad zu begrenzen. Bis 2030 müssten die Emissionen auf 42 Milliarden Tonnen fallen. Mit den bisherigen Zusagen der Staaten würde diese Zielmarke um elf bis 13,5 Milliarden Tonnen verfehlt.

Zwischen 80 und 90 % der weltweiten Kohlereserven müssen im Boden bleiben. Für Öl und Gas liegt dieser Wert mit 35 und 50 % deutlich niedriger.

Folglich sollten keine neuen Kohlemeiler mehr genehmigt und bestehende möglichst schnell stillgelegt werden. Erreichen lässt sich dies mit einem CO₂-Mindestpreis oder einem "Ausstiegsgesetz".

Neben dem Ausbau von Solar- und Windenergie, sowie energieeffizienten Haushaltsgeräten und Autos muß es einen konsequenten Stopp der Entwaldung sowie die Wiederaufforstung geeigneter Flächen geben.

Quelle: <http://www.klimaretter.info/forschung/hintergrund/23858-fuer-das-zwei-grad-ziel-bleiben-noch-zwoelf-jahre> 31.10.17

Klima-Kipp-Punkte

Ein Beispiel für sich selbst verstärkende Prozesse ist das Auftauen der Permafrostböden. Durch das Tauen werden Treibhausgase freigesetzt, die wiederum den Temperaturanstieg beschleunigen. Den Temperaturbereich, in dem ein solcher Prozess angestoßen wird, nennt man den Kipp-Punkt.

Aufgrund der langen Bremsspur des Klimas entscheiden wir heute über den Temperaturanstieg in den nächsten Jahrhunderten mit möglichen katastrophalen Folgen für die Menschheit.

Es gibt Hinweise, dass das West-Antarktische Eisschild heute schon gekippt sein könnte; auch wenn die Wahrscheinlichkeit dafür bei 1° C – der globalen Erwärmung, die heute schon eingetreten ist – relativ gering ist.

Die meisten Korallenriffe werden sehr wahrscheinlich bei einer Erwärmung um 1,5° C absterben. Hier ist der Kipp-Punkt relativ einfach zu ermitteln, da bekannt ist, bei welcher Temperatur Korallen ihre symbiotischen Algen ausstoßen.

Die Meeresströmungen, die vier der fünf Ozeane verbinden, basieren auf Unterschieden in Temperatur und Salzgehalt des Meerwassers und sind in starkem Maße für die Temperaturverhältnisse und Wetterbedingungen auf der Erde verantwortlich. So ist zum Beispiel der Golfstrom die Ursache für die relativ warmen Temperaturen im Norden Europas. Kippen diese Strömungen (ein Kippen würde in diesem Fall bedeuten, dass die Ströme sich verlagern oder abbrechen) durch eine Veränderung des Salzgehaltes des Wassers drohen Veränderungen der Lebensbedingungen auf der Erde.

Die Folgen des Überschreitens von Kipp-Punkten sind im Zeitraum der menschlichen Zivilisation schwer oder gar nicht rückgängig zu machen. Daher sollten wir alles

daransetzen, die globale Erwärmung bei 1,5° C zu stabilisieren, wie dies auch in Paris beschlossen wurde.

Quelle: forum Nachhaltig Wirtschaften

http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/ueber-kipp-punkte-und-kipp-elemente.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2007.%20Oktober%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 6.10.17

CO₂-Konzentration schnell nach oben

Die Weltmeteorologieorganisation WMO neue alarmierende Zahlen vor: Die Konzentration an Kohlendioxid hat in der Atmosphäre im vergangenen Jahr so schnell zugenommen wie nie zuvor. Im globalen Durchschnitt lag die CO₂-Konzentration 2016 bei 403,3 ppm. 2015 hatte die WMO noch einen Durchschnittswert von 400 ppm verzeichnet.

Als Grund nennt die WMO neben dem hohen Ausstoß an Kohlendioxid auch das starke El-Niño-Ereignis vor zwei Jahren. Das Wetterphänomen hatte in tropischen Regionen zu verstärkter Trockenheit geführt. Dadurch konnte die Vegetation im Jahresverlauf nicht so viel Kohlendioxid aus der Atmosphäre aufnehmen.

Insgesamt liegt die CO₂-Konzentration der Atmosphäre damit so hoch wie seit drei bis fünf Millionen Jahren nicht. Damals lag die Durchschnittstemperatur um zwei bis drei Grad höher; der Meeresspiegel war um zehn bis 20 Meter höher als heute. Seit Beginn der industriellen Revolution hat die Konzentration um 145 Prozent zugenommen.

Quelle: <http://www.klimaretter.info/forschung/nachricht/23854-co2-konzentration-schnell-nach-oben> 31.10.17

Bremser für den EU-Kohleausstieg

Vor der Entscheidung des Ministerrats hat E3G fünf Länder identifiziert, die in der Vergangenheit als Bremser der Energiewende in der EU aufgetreten sind. Neben Estland sowie Italien und Spanien sind das Deutschland und Großbritannien. Die beiden letztgenannten Länder haben sich gegen vereinfachte Regelungen für Bürgerenergie ausgesprochen. Deutschland wolle den Marktanteil der großen Energieversorger an den erneuerbaren Energien vergrößern

Italien wiederum habe sich gegen vereinheitlichte Maßnahmen zur Versorgungssicherheit gestemmt, um weiterhin seine Gaskraftwerke subventionieren zu können. Das Land, das vor Kurzem seinen Ausstieg aus der Kohle bis zum Jahr 2025 verkündet hat, sei jetzt umso mehr auf das Gas angewiesen. Auch der estnische Vorstoß ist nicht verwunderlich, schaut man sich die Energieerzeugung des Landes an: Ölschiefer spielt dabei eine wichtige Rolle.

<http://www.klimaretter.info/politik/hintergrund/24056-fuenf-bremser-gegen-eu-klimaschutz> 15.12.17

Klimakonferenz in Bonn

Keine Übereinstimmung gab es zum Ausstieg aus der Kohleverstromung. Deutschland exportiert sehr viel Kohlestrom. In der EU ist vor allem Polen der Bremser. Die nächste Klimakonferenz findet in einem Jahr im Dezember im polnischen Katowice statt. Die Energieversorgung in Polen kommt zu 80 % aus der Kohleverbrennung. Aber ohne den

Ausstieg aus der Kohleverstromung können die Ziele des Paris-Abkommens nicht erreicht werden.

Etwa 40% der auf der Erde verbrauchten Elektroenergie stammt aus Kohlekraftwerken. So hoch ist auch der Anteil in Deutschland. Der Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2030 kann nur mit einem CO₂-Mindestpreis gelingen. Das ist ökonomisch sinnvoller, als mit Mengenbegrenzungen zu arbeiten, deren Wirkung auf den Preis unsicher ist.

Subventionen für die Braunkohle müssen endgültig und sofort beendet werden. Die Erhöhung der Ökosteuer für nichtregenerative Energieerzeugung ist ebenfalls ein sinnvoller Weg. China will demnächst seinen Emissionshandel starten. Der EU-Emissionshandel muß reformiert werden. Auch in den USA und Kanada gibt es ihn bereits regional.

Der Anteil der Erneuerbaren Energien muß ausgeweitet werden. Die Stromnetze müssen weiter stabilisiert werden, mit zusätzlichen Stromleitungen und mit Power-to-Gas-Anlagen, damit mehr Kohlekraftwerke entgültig abgeschaltet werden können. Der Ausstieg aus dem Atomstrom ist ebenfalls weltweit nötig.

Kein Land außer den USA stellt das Pariser Klimaabkommen infrage, aber eine starke US-Klimaschutzbewegung hat eine "Wir-bleiben-drin"-Erklärung unterschrieben. Das sind immerhin 40 % der US-Wirtschaft.

Verbindliche Finanzausgaben der reichen Industrieländer an die ärmsten afrikanischen und pazifischen Staaten kamen nicht zustande. Nie dagewesene Fluten auf den pazifischen Inseln zeigen die kommenden Folgen des Meeresspiegelanstieges.

Extreme Regenfälle, Dauer-Dürren in Afrika und verheerende Hurrikan-Serien in der Karibik führen zu dramatischer Not. Am 12. Dezember will der französische Präsident Emmanuel Macron in Paris einen außerplanmäßigen Gipfel zur Finanzierung der Klimahilfen organisieren.

Wichtigstes Ziel war es jedoch, ein Prinzip zu erarbeiten, wie die die Länder ihre Klimapläne aktualisieren sollen und wie ihre Selbstverpflichtungen nachgeschärft werden müssen. Wie groß die Lücke ist, wird im kommenden Jahr in einem Prozess mit dem Namen "Talanoa-Dialog" ermittelt.

Viele Länder haben bisher nur Klimapläne bis 2025 oder 2030 eingereicht. Sechs Staaten, darunter Deutschland, Mexiko und Kanada haben auch langfristige Strategien bis 2050 beim UN-Klimasekretariat eingereicht.

Zur Stärkung der Landwirtschaft einigten sich Industrie- und Entwicklungsländer nach jahrelangen, ergebnislosen Verhandlungen nun auf ein Arbeitsprogramm für die nächsten drei Jahre. Darauf aufbauend sollen im Jahr 2020 konkrete Maßnahmen beschlossen werden.

Der Verkehrssektor muß zügig auf Erdgas- und Elektroantriebe umgestellt werden.

<http://www.klimaretter.info/politik/hintergrund/23907-die-halbe-usa-bleibt-im-paris-abkommen> 11.11.17

<http://germanwatch.org/de/14644#Was%20geschah%20in%20der%20ersten%20COP%2023-Woche?> 6.-10.11.17

<http://germanwatch.org/de/14673> 2.11.17

Plastik in der Karibik

Statt klares Wasser und Meeresidylle zeigen die Fotos Plastikmüll, soweit das Auge reicht. Die Fotografin Caroline Power zeigt Plastikmüll im Meer. Der Plastikmüll stammt von einem Fluss in Guatemala.

Seit den 50er Jahren hat die Menschheit einer Hochrechnung zufolge 8,3 Milliarden Tonnen Plastik hergestellt – die Hälfte des gesamten hergestellten Plastiks haben wir allein in den letzten 13 Jahren produziert. Nur ein geringer Anteil davon wird recycelt, der Rest wird verbrannt, sammelt sich in Deponien oder landet in der Umwelt und im Meer.

Quelle: UTOPIA | Nadja Ayoub

http://www.sonnenseite.com/de/umwelt/ueberall-plastik-diese-bilder-aus-der-karibik-tun-weh.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2011.%20November%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 11.11.2017

Auf den Weltmeeren treiben riesige Plastikteppiche. Schätzungen zufolge wird mindestens ein Viertel der weltweiten Kunststoffproduktion für Verpackungen benötigt, und diese landen früher oder später in der Tonne – auch in Europa. In der EU hat der Plastikverpackungsmüll von 2005 bis 2015 um 12 Prozent zugenommen. In Deutschland sogar um 29 %.

Um der Berge an Plastikmüll Herr zu werden, will die EU im Dezember eine Kunststoffstrategie veröffentlichen. Hierzulande wird fast die Hälfte des Plastikverpackungsmülls aufbereitet. Im EU-Schnitt beträgt die Recyclingquote nur 40 %. Nach derzeitigem Stand strebt die EU-Kommission bis 2025 eine Recyclingquote für Plastikverpackungen von 55 Prozent an.

Während in Deutschland so gut wie alles nicht recycelte Plastik immerhin energetisch genutzt wird, wird es andernorts noch viel zu häufig auf Deponien verfrachtet. In Griechenland, Polen und Lettland zum Beispiel betrifft dies mehr als 60 Prozent des Plastikmülls. Und Plastik, das weder recycelt noch verbrannt wird, endet – vom Winde verweht oder im Fluss fortgespült – oftmals im Meer.

Quelle: <https://www.iwd.de/artikel/das-plastik-problem-368426/>

Brasilien wird zum Problemfall

Brasilien entwickelt sich mehr und mehr zum Sorgenkind im internationalen Klimaschutz. Für 2016 verzeichnet das größte Land Lateinamerikas einen Anstieg seiner CO₂-Emissionen um 8,9% – so viel wie seit 2008 nicht mehr. Und das, obwohl Brasilien zurzeit in einer wirtschaftlichen Rezession steckt.

Größter Treiber für den massiven Anstieg der Emissionen ist die Abholzung und Degradation der Regenwälder. Im Vorjahr stieg der Treibhausgasausstoß durch Landnutzungsänderungen um fast ein Viertel an und machte insgesamt die Hälfte der brasilianischen Emissionen aus. Zwischen August 2015 und Juli 2016 nahm die Entwaldung um fast ein Drittel zu, nachdem zuvor über zwei Jahrzehnte schon eine Waldfläche so groß wie Deutschland verloren gegangen war. Nur durch die wirtschaftliche Krise gingen die Rodungen zuletzt wieder leicht zurück.

Die liberal-konservative Regierung von Präsident Michel Temer hat die Amazonas-Schutzgebiete verkleinert und die Umwelt-Ausgaben auf die Hälfte zusammengestrichen. Temer wollte sogar den Schutzstatus eines riesigen Gebietes im Amazonas-Regenwald

per Dekret aufheben, um die Wirtschaft anzukurbeln und "Investoren anzulocken". Das blieb vorerst erfolglos.

Für den weltweiten Klimaschutz ist das bitter. Denn die 520 Millionen Hektar Amazonas-Regenwald speichern 80 bis 120 Milliarden Tonnen Kohlenstoff. Kein Wald hat weltweit ein größeres Speicherpotenzial als der in Brasilien. Einer Studie zufolge kann der richtige Umgang mit Wäldern, Mooren und Wiesen viel mehr zum Klimaschutz beitragen als bislang gedacht. Stattdessen passiert das Gegenteil: Laut einer weiteren Studie sind die Tropenwälder inzwischen so stark geschädigt, dass sie immer mehr CO₂ abgeben.

Quelle: <http://www.klimaretter.info/umwelt/nachricht/23848-brasilien-wird-zum-problemfall>
28.10.17

Europas Agrarpolitik

Der größte Posten des EU-Haushalts, die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), ist hochgradig ineffizient und überwiegend umweltschädlich. Die Agrarpolitik macht derzeit fast 40 % des EU-Haushalts aus.

Die Studienautoren untersuchten dazu mehr als 450 wissenschaftliche Veröffentlichungen. Sie kommen zu dem Schluss, dass insbesondere die pauschalen Flächenprämien der sogenannten Ersten Säule die Einnahmen von Betrieben zwar erhöhen. Doch angesichts der aufgewendeten rund 44 Milliarden Euro jährlich tragen sie eklatant wenig zu einem angemessenen Lebensstandard der Landwirte und dem Abbau von Ungleichheiten im ländlichen Raum bei. Beides sind jedoch wesentliche Ziele der GAP.

Zudem befeuern die Direktzahlungen massiv die Abhängigkeit der Landwirte von Subventionen, beeinflussen Produktionsentscheidungen und verringern die Effizienz der Betriebe. Generell bemängeln die Autoren fehlende logische Zusammenhänge zwischen Budgetaufteilung, Zielen und Instrumenten.

Noch schlechter fällt das Fazit der Autoren hinsichtlich der Erreichung von Umweltzielen aus: Die wirksamsten Instrumente der GAP, die gezielten Agrarumweltmaßnahmen, erhalten nur einen Bruchteil der Finanzierung, die in das hochbürokratische und ökologisch kaum wirksame „Greening“ fließt. Zudem sei das aktuelle System nicht in der Lage, den Verlust der Artenvielfalt zu stoppen. Gleiches gelte für die Vermeidung von Umweltschäden wie die zu hohe Nitratbelastung des Grundwassers.

Die Studie erscheint rund eine Woche bevor EU-Agrarkommissar Phil Hogan seine Pläne für die künftige EU-Agrarpolitik vorstellen will. Allem Anschein nach will er auch nach 2020 an den ineffizienten pauschalen Direktzahlungen festhalten.

Quelle NABU 2017

http://www.sonnenseite.com/de/politik/europas-agrarpolitik-verschwendet-steuergeld-und-versagt-bei-eigenen-zielen.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2025.%20November%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 22.11.17

Agrarminister Schmidt

Der NABU kritisiert, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel Agrarminister Christian Schmidt nach dessen Glyphosat-Alleingang nicht entlassen hat. Dies wäre die logische Konsequenz seines vertrauensschädigenden Verhaltens gewesen. Um für Verbraucher und potenzielle Koalitionspartner wieder glaubwürdig zu werden, müssten CDU und CSU

in einem Regierungsprogramm in jedem Fall einen Glyphosat-Ausstiegsplan für Deutschland auf den Weg bringen. Ein Ende des Ackergifts könne auch auf nationalem Wege eingeläutet werden, so die Naturschützer.

Dazu NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller: „Agrarminister Schmidt hat mit seinem Glyphosat-Geschenk für die Agrarlobby mutwillig Vertrauen zerstört.

Unmittelbar nach der gestrigen Abstimmung hatte Präsident Emmanuel Macron verkündet, dass Frankreich innerhalb der nächsten drei Jahre aus dem Unkrautvernichter aussteigen will. Nationale Verbote sind in jedem EU-Land möglich.

Die Chemikalie vernichtet die Nahrungsgrundlagen und Schutzräume für zahlreiche Tiere, darunter Vögel und Insekten, und trägt zum Rückgang der biologischen Vielfalt bei.

Quelle NABU 2017

http://www.sonnenseite.com/de/politik/entlassung-von-agrarminister-schmidt-waere-richtig-gewesen.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2002.%20Dezember%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 28.11.17

BUND: Reform der Pestizid-Zulassungsverfahren

Anlässlich der aktuellen Diskussion über EU-weite Zulassungsbeschränkungen von drei bienengefährdenden Pestiziden und der skandalösen Wiedezulassung des Totalherbizids Glyphosat fordert der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) eine umfassende Reform von Pestizid-Zulassungsverfahren auf europäischer und nationaler Ebene. „Die Glyphosat-Wiedezulassung hat die Defizite der Zulassungsverfahren für Pestizide eindrücklich belegt“, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger. „Weil der Krebsverdacht nach wie vor gilt, hätte das Vorsorgeprinzip greifen müssen, Glyphosat hätte sofort und ohne Ausnahmen verboten werden müssen. Auch die negativen Umweltfolgen wurden nicht angemessen berücksichtigt, obwohl Glyphosat maßgeblich zum Artensterben in der Agrarlandschaft beiträgt“, so Weiger.

Der BUND fordert, die 2018 anstehende Überarbeitung der EU-Pestizidgesetzgebung zu nutzen, um den Zulassungsprozess für Pestizide so zu reformieren, dass die Umwelt sowie die menschliche Gesundheit künftig angemessen geschützt werden. Hierfür hat der BUND einen fünfstufigen Forderungskatalog erarbeitet. Wesentliche Forderungen sind Studien durch unabhängige wissenschaftliche Institute anstatt durch die antragstellenden Pestizidhersteller, federführende Verantwortlichkeit für Pestizide durch das Bundesumweltministerium, eine stärkere Berücksichtigung von Umweltaspekten im gesamten Verfahren, der Ausbau von Monitoring-Maßnahmen sowie mehr Transparenz bei den Zulassungsverfahren.

„Alle im Zulassungsverfahren eingereichten Studien müssen öffentlich zugänglich und durch unabhängige Wissenschaftler überprüfbar sein. Bisher herrscht eine gefährliche Nähe zwischen Zulassungsbehörden und Chemiekonzernen“, sagte der BUND-Vorsitzende. Dies habe auch die Glyphosat-Bewertung des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) bewiesen, die umfangreich Aussagen aus Industriestudien plagiiert habe, ohne diese kenntlich zu machen. „Zur Transparenz gehört auch die Information, welche Experten an Studien beteiligt sind und wer sie warum benannt hat, inklusive einer etwaigen Zusammenarbeit mit der Industrie“, sagte Weiger.

Quelle: Fünf-Punkte-Forderungskatalog des BUND

https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/umweltgifte/forderungen_zulassungsverfahren_pestizide.pdf 15.12.17

dramatisches Insektensterben

27 Jahre wurden Schutzgebiete untersucht – die Ergebnisse sind erschreckend: Mehr als 75 Prozent weniger Biomasse bei Fluginsekten. Es stellt sich nicht mehr die Frage, ob die Insektenwelt in Schwierigkeiten steckt, sondern wie das Insektensterben zu stoppen ist. Ein internationales Forscherteam aus den Niederlanden, Großbritannien und Deutschland hat die dramatischen Befunde zum Insektenrückgang in Nordwestdeutschland in einer jetzt in der internationalen Online-Fachzeitschrift PLOS ONE veröffentlichten Studie bestätigt.

Die Forscher stellten damit die Beobachtungen des Entomologischen Vereins Krefeld auf eine wissenschaftlich abgesicherte Basis. So ist mit den Biomasseverlusten bei Fluginsekten von 76 bis 81% seit den 1990er Jahren ein klarer Negativ-Trend erkennbar. Insgesamt wurden in einem Zeitraum von 27 Jahren 63 Standorte in Schutzgebieten unterschiedlichster Lebensräume des Offenlandes überwiegend in Nordwestdeutschland untersucht (1989 - 2015), wobei der Rückgang überwiegend im Flachland festgestellt wurde.

Die Ergebnisse bestätigen auch, dass die bekannten Rückgänge von Artengruppen wie Schmetterlingen, Wildbienen und Nachtfaltern einhergehen mit den drastischen Biomasseverlusten bei Fluginsekten. Dies betrifft nicht nur seltene und gefährdete Arten, sondern die gesamte Welt der Insekten.

„Wir haben es mit einer höchst dramatischen und bedrohlichen Entwicklung zu tun. Allein die Tatsache, dass es sich bei allen Untersuchungsflächen um verinselte Standorte innerhalb von Schutzgebieten handelt, in deren Umfeld zu mehr als 90% konventionelle Agrarnutzung stattfindet, legt einen negativen Einfluss durch die Landwirtschaft nahe“, sagt NABU-Präsident Olaf Tschimpke.

Die neue Bundesregierung müsse sich umgehend auf EU-Ebene für einen Kurswechsel in der Agrarpolitik einsetzen sowie einen Schwerpunkt auf Erforschung und Schutz der biologischen Vielfalt legen. Der NABU fordert ein Deutsches Zentrum für Biodiversitäts-Monitoring in Trägerschaft von Wissensseinrichtungen sowie den zügigen Aufbau eines bundesweiten Insekten-Monitorings. Als Vorbild für ein bundesweites Insekten-Monitoring könnte NRW dienen, wo 2017 die Beprobung von 100 Standorten angelaufen ist.

Langzeit-Untersuchungen aus anderen Staaten liefern Hinweise darauf, dass es sich nicht nur um ein deutsches Phänomen handelt. Auch von der EU offiziell bestätigte Bestandsrückgänge von Vögeln, die auf Insekten als Nahrungsgrundlage angewiesen sind, dürften höchstwahrscheinlich zu einem wesentlichen Teil auf den Insektenschwund zurückzuführen sein.

Professor Dave Goulson von der Sussex University und Co-Autor der Studie, ist zutiefst beunruhigt über diese Entwicklungen: „Insekten machen etwa zwei Drittel allen Lebens auf der Erde aus. Wie es scheint, machen wir große Landstriche unbewohnbar für die meisten Formen des Lebens, und befinden uns gegenwärtig auf dem Kurs zu einem ökologischen Armageddon. Bei dem derzeit eingeschlagenen Weg werden unsere Enkel eine hochgradig verarmte Welt erben.“

Die aktuelle Veröffentlichung arbeitet heraus, dass die zusätzlich in die statistische Auswertung eingeflossenen Daten zu Veränderungen des Klimas und von Biotopmerkmalen den überwiegenden Teil der Insektenverluste nicht erklären. In der Regel ist die intensive landwirtschaftliche Nutzung im Rahmen der so genannten guten fachlichen Praxis am Rande von Naturschutzgebieten ohne Einschränkung erlaubt. Viele mit Pestiziden behandelte Flächen befinden sich sogar inmitten von Naturschutzgebieten. Bis heute muss den Naturschutzbehörden nicht mitgeteilt werden, welche Pestizide in welcher Mischung und Menge auf Ackerflächen innerhalb vieler Schutzgebiete ausgebracht werden. Ein Verbot müsste in der jeweiligen Schutzgebietsverordnung eines Gebietes ausgesprochen werden. Das wird aber nur in wenigen Fällen gemacht. Es fehlt also offensichtlich ein ausreichendes Risikomanagement, obwohl dieses nach der aus dem Jahr 2009 stammenden EU-Richtlinie für die „nachhaltige Verwendung von Pestiziden“ zur Abwehr negativer Einflüsse auf Schutzgebiete vorgeschrieben ist. Der NABU fordert daher generell eine drastische Reduktion des Pestizideinsatzes und ein Verbot aller Pestizide auf der als Naturschutzgebiet ausgewiesenen Landesfläche.

Damit nimmt der Druck auf die Insektenwelt weiter zu. Insbesondere die weltweit in der Kritik stehenden hochwirksamen Insektengifte aus der Stoffklasse der Neonikotinoide müssen umgehend und vollständig vom Markt genommen werden. Der NABU fordert, die EU- und länderübergreifenden Zulassungsverfahren für derartig toxische Chemikalien dringend zu überarbeiten und dabei zwingend die Wirkungen für typische Ökosysteme realitätsnah in die Prüfverfahren zu integrieren.

Quelle: Veröffentlichung der Studie im Wissenschaftsjournal PLOS ONE

NABU 2017 <http://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/internationales-forscherteam-bestaetigt-dramatisches-insektensterben.html> 19.10.17

<https://www.nabu.de/news/2017/10/23291.html> 18.10.17

Terroranschlag in Berlin

Am 19.12.16 erschüttert ein mörderischer Anschlag Deutschland. Auf dem Weihnachtsmarkt an der Berliner Gedächtniskirche lenkt ein islamistischer Attentäter einen gekaperten Lkw in die Besuchermenge. Zwölf Menschen werden getötet, mehrere Dutzend verletzt.

Story im Ersten: Der Anschlag am Berliner Breitscheidplatz

<http://www.daserste.de/information/reportage-dokumentation/dokus/videos/der-anschlag-video-100.html> Video verfügbar bis 11.12.18

Als der Berliner Polizeipräsident Klaus Kandt im vergangenen April im Abgeordnetenhaus über die Konsequenzen aus dem Terroranschlag auf den Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz referierte, sagte er „Es gebe eine ganz offene Fehlerkultur in der Polizei“. Natürlich sei man "enorm daran interessiert", aus den eigenen Fehlern zu lernen. Auch Innensenator Andreas Geisel (SPD) kündigte an, alle Fehler der Polizei im Zusammenhang mit dem Anschlag sollten aufgeklärt werden.

Der Sonderermittler Bruno Jost wirft dem Berliner LKA vor, den späteren Attentäter Anis Amri nicht konsequent genug verfolgt zu haben, obwohl der Tunesier als Gefährder bekannt war. Nach der Tat sollen Beamte dann Akten manipuliert haben, um diese Fehler zu vertuschen. Das Landeskriminalamt hat nun ein Jahr nach dem Anschlag eine Reihe

jener Führungskräfte befördert, die in der zuständigen Staatsschutzabteilung gearbeitet haben. Einige durften in höhere Besoldungsgruppen aufrücken, andere auf bessere Posten innerhalb des Amtes wechseln. Die LKA-Spitze winkte diese Beförderungen durch, noch bevor geklärt werden konnte, wer für die Versäumnisse verantwortlich war. Der unmittelbare Vorgesetzte dieses Beamten hatte nur drei Tage nach dem Anschlag einen Bericht für den Innensenator geschrieben. Schon in dem Bericht stellt er Amri als Kleindealer dar, obwohl in der Polizeidatenbank zu diesem Zeitpunkt nur Anhaltspunkte dafür zu finden waren, dass Amri gewerblich mit Drogen handelte. Dieser vorgesetzte Polizist, ein Kommissariatsleiter aus dem Mittelbau des LKA, wurde nach dem Anschlag zum Kriminalhauptkommissar ernannt. Der Beamte erhielt seine Beförderungsurkunde im April 2017, also kurz nachdem der Sonderermittler seine Untersuchung begonnen hatte.

Quelle: <http://www.zeit.de/gesellschaft/2018-01/anschlag-breitscheidplatz-anis-amri-landeskriminalamt-berlin-befoerderungen/komplettansicht> 14.1.18

Bildverarbeitung

In Großbritannien, wo schätzungsweise sechs Millionen Überwachungskameras installiert sind, wird jeder Bürger im Durchschnitt siebzig Mal am Tag gefilmt. In China sind im öffentlichen und privaten Raum 176 Millionen Überwachungskameras in Betrieb, bis 2020 sollen es 450 Millionen sein. Dann kommt auf jeden dritten Bürger eine Kamera. In den USA, flächenmäßig etwas größer als die Volksrepublik, gibt es nur rund 50 Millionen Überwachungskameras.

Supermärkte erproben bereits Gesichtserkennungssysteme, die aus Gesichtern einen emotionalen Zustand ableiten und registrieren, wie lange man vor einem Regal steht. Apple hat in seinem neuen iPhone eine Gesichtserkennung präsentiert, mit der sich das Gerät entsperren lässt. Facebook vermisst mit maschinell lernenden Algorithmen die biometrischen Merkmale von Gesichtern auf hochgeladenen Fotos (Gründer Zuckerberg klebt selber die Webcam seines Laptops ab). Und der Kreditkartenanbieter Mastercard hat ein biometrisches Bezahlfverfahren eingeführt, bei dem der Kunde beim Online-Kauf bequem per Fingerabdruck oder Selfie bezahlen kann.

Die Machtasymmetrien sind inzwischen so groß, dass keine Balance mehr hergestellt werden kann.

Quelle: <http://www.sueddeutsche.de/digital/sousveillance-bewegung-wer-ueberwacht-die-ueberwacher-1.3671314> 21.9.17

CDU und Grüne für Onlinedurchsuchung

Der Entwurf für ein neues Verfassungsschutzgesetz in Hessen sieht Staatstrojaner für den Landesverfassungsschutz vor. Die Geheimdienstler sollen in Zukunft Kommunikation abfangen können, bevor sie verschlüsselt wird. Auch eine Onlinedurchsuchung soll in Gefahrenfällen durchgeführt werden. Möglich macht das die schwarz-grüne Landesregierung. Die Überwachung soll laut Gesetzesentwurf einem doppelten richterlichen Vorbehalt unterliegen. Einer, um die Maßnahmen durchzuführen, ein zweiter, um die erhobenen Daten verwerten zu dürfen.

Staatstrojaner sind in der Regel polizeiliche Maßnahmen, erst vor Kurzem beschloss der Bundestag, ihren Einsatz stark auszuweiten – teilweise auf Alltagskriminalität. Für den

Verfassungsschutz gehören Staatstrojaner in Deutschland kaum zum Repertoire, eine Ausnahme stellt Bayern dar. Nordrhein-Westfalen führte die Staatstrojanernutzung bereits 2006 ein, 2008 erklärte sie das Bundesverfassungsgericht jedoch in weiten Teilen wieder für verfassungswidrig und nichtig. Im letzten Jahr setzte sich die CDU zum Ziel, den Verfassungsschutzbehörden Befugnisse zur Online-Durchsuchung zu geben.

<https://netzpolitik.org/2017/schwarz-gruen-in-hessen-will-staatstrojaner-fuer-verfassungsschutz/> 4.10.17

Smart-Home-Überwachung

Der geschäftsführende Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) will die Industrie verpflichten, deutschen Sicherheitsbehörden digitale Einfallstore für das Ausspionieren von privaten Autos, Computern und Smart-TVs zu öffnen. Der Antrag ist mit „Handlungsbedarf zur gesetzlichen Verpflichtung Dritter für Maßnahmen der verdeckten Informationserhebung nach §§ 100c und 100f StPO“ überschrieben. Hintergrund sind Probleme bei der „verdeckten Überwindung von Sicherheitssystemen“. Aus Kreisen des Bundesinnenministeriums hieß es, Ermittlern und Geheimdiensten falle es zunehmend schwer, Abhörwanzen einzubauen und zu verstecken. Die modernen Schließanlagen von Fahrzeugen seien mittlerweile so abgesichert, dass ihre Besitzer schon bei kleinsten Erschütterungen über Messenger-Dienste informiert würden. De Maizière strebt mit der geplanten Gesetzesänderung an, diese automatischen Mitteilungen zu unterbinden. Er will der Industrie vorschreiben, ihre Programmierprotokolle offenzulegen. Demnach wären Lauschangriffe künftig überall dort möglich, wo Geräte mit dem Internet verbunden sind. Die Industrie soll dem Staat exklusive Zugriffsrechte einräumen, etwa bei privaten Tablets und Computern, Smart-TVs oder digitalisierten Küchengeräten. Voraussetzung für sämtliche Maßnahmen des erweiterten Lauschangriffes bliebe allerdings ein richterlicher Beschluss. De Maizière will außerdem eine Ermächtigung für die Sicherheitsbehörden, im Krisenfall private Rechner herunterfahren.

<http://www.rnd-news.de/Exklusive-News/Meldungen/November-2017/De-Maiziere-will-Ausspaehen-von-Privat-Autos-Computern-und-Smart-TVs-ermoeglichen> 30.11.17

NSA-Whistleblower Edward Snowden sorgte sich öffentlich vor "einer neuen Welle illiberalen Denkens" in Deutschland, in der Unternehmen zu Hilfssheriffs des Staates gemacht würden. Es geht darum, ob Hersteller von Alarmanlagen und Auto-Software verpflichtet werden sollen, Behörden beim Abhören von Verdächtigen zu helfen. Wenn es diese Wege für den Staat gibt, dann können auch fremde Mächte und ihre Geheimdienste oder das organisierte Verbrechen sie ausnutzen. Hier wird im Namen der Sicherheit massive Unsicherheit geschaffen.

Das BMI behauptet, es gehe gar nicht darum, Bürger über Smart-TVs, Computer oder digitale Assistenten wie Alexa abzuhören.

"Technikoffen" heißt, dass der Einsatz nicht auf bestimmte Zwecke begrenzt wird - etwa Autos zu öffnen. Stattdessen sollen Unternehmen verpflichtet werden können, auf Zuruf ihr Wissen über Sicherheitslücken in ihren Produkten an den Staat weiterzugeben.

<http://www.sueddeutsche.de/digital/ueberwachung-so-lassen-sich-sogar-verkehrsunfaelle-provozieren-1.3780483> 6.12.17

EU-Geheimdienstpläne

In seiner sogenannten Europa-Rede hatte der Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker am 13.9.17 vorgeschlagen, eine „Europäische Aufklärungseinheit“ („European Intelligence Unit“) einzurichten (Auf dem Weg zu einer wirksamen und echten Sicherheitsunion – Elfter Fortschrittsbericht, Kommissionsdokument COM(2017) 608 final). Sie soll erleichtern, dass „Daten über Terroristen und Auslandskämpfer“ zwischen den Geheim- und Polizeidiensten ausgetauscht werden. Dieser Austausch soll „automatisch“ erfolgen.

Auch ohne Geheimdienstkompetenz betreibt die Europäische Union ein ziviles, geheimdienstliches Lagezentrum („Intelligence Analysis Centre“, EU INTCEN) in Brüssel, an das die In- und Auslandsgeheimdienste der Mitgliedstaaten ihre fertigen Analysen schicken können (Bundestagsdrucksache 18/9974). Inzwischen arbeitet das INTCEN im Rahmen der Erstellung einer neuen „dreiteiligen Bedrohungsanalyse“ mit gemeinsamen Schlussfolgerungen und Empfehlungen sowie in der halbjährlichen Übermittlung eines umfassenden, zukunftsorientierten „Bedrohungsanalysebildes“ enger mit der Polizeiagentur Europol zusammen (Bundestagsdrucksache 18/9974).

Mit dem „EUMS INT Direktorat“ wird eine ähnliche militärische Struktur betrieben, die als „Nachrichtenwesen des Militärstabs“ gilt (Bundestagsdrucksache 18/146, siehe Vorbemerkung). Zusätzlich organisieren sich die Geheimdienste der EU-Mitgliedstaaten plus Norwegen und die Schweiz im informellen Rahmen. Der älteste Zusammenschluss dieser Art ist der „Berner Club“, in dem sich die Chefs der europäischen Inlandsdienste versammeln (Bundestagsdrucksachen 18/10641, 18/8170, 18/9323, 18/9974, 18/7930, 18/5048). Nach 9/11 startete der „Berner Club“ die „Counter Terrorism Group“ (CTG), in der sich die Mitglieder regelmäßig über Vorkommnisse austauschen und Maßnahmen beraten. Seit dem 1. Juli 2016 betreiben der „Berner Club“ und seine CTG eine „operative Plattform“ in Den Haag (ebd.). Die Inlandsgeheimdienste führen dort eine gemeinsame Datei und ein Echtzeit-Informationssystem. Details dazu sind geheim. Die CTG soll sich mit polizeilichen EU-Strukturen vernetzen, Sondierungen laufen hierzu seit dem Frühjahr 2016 mit Europol (Bundestagsdrucksache 18/10641, Frage 9; Bundestagsdrucksache 18/7930, Frage 19).

Ähnlich dem Vorschlag für eine „Europäische Aufklärungseinheit“ hatte die Europäische Kommission vor einem Jahr vorgeschlagen, ein „Drehkreuz für den Informationsaustausch“ mit europäischen Polizeibehörden und Geheimdiensten einzurichten (Ratsdokument 12307/16). Dem Vorschlag zufolge könnte ein „Fusionszentrum“ bei der CTG angesiedelt werden, obwohl diese keine EU-Einrichtung darstellt. Als Vorbild dieser „multidisziplinären Zusammenarbeit“ von Polizei und Diensten auf Ebene der Europäischen Union nennt die Kommission „Fusionszentren“ einiger Mitgliedstaaten, in denen Strafverfolgungsbehörden und verschiedene Geheimdienste miteinander verzahnt sind. Die „systematischere Interaktion zwischen diesen Stellen“ soll der Mitteilung zufolge nicht auf Terrorismus beschränkt bleiben, sondern könnte auch die schwere grenzüberschreitende Kriminalität umfassen. Laut der Bundesregierung wurde der Vorschlag für ein solches „Fusionszentrum“ im vergangenen Jahr nicht weiter behandelt bzw. beraten (Bundestagsdrucksache 18/10641, Frage 8). In diesem Jahr wurde das Thema „Enhancing cooperation between competent authorities“ jedoch zuletzt mit dem estnischen CTG-Vorsitz und Europol auf dem Treffen der Justiz- und Innenminister am 7. Dezember 2017 in Brüssel diskutiert (Ratsdokument 15567/17).

Quelle: Kleine Anfrage der Fraktion Linke, Deutscher Bundestag Drucksache 19/304, 20.12.17

Schutz kritischer Infrastrukturen

Die zunehmende Vernetzung von IT-Komponenten und daraus erwachsende Abhängigkeiten führen zu einer erhöhten Verletzlichkeit der eingesetzten Systeme. Betreiber kritischer Infrastrukturen (KRITIS) sind für das Funktionieren der kritischen Dienstleistungen zuständig. Neben der Informations- und Kommunikationstechnik sind das die IT-Infrastrukturen staatlicher Behörden, Verwaltungen sowie Versorgungs- und Finanznetzwerke.

Angriffe darauf besitzen jedoch ein besonders hohes Schadenspotenzial in Bezug auf die Gesellschaft. Erschwerend kommt hinzu, daß die Systeme der Informationsinfrastruktur zum Teil einen langen Lebenszyklus haben und häufig nicht oder nicht zeitnah mit Sicherheitsupdates versorgt werden können.

Kritische Infrastrukturen sind an ihrer zugrundeliegenden IT derart angreifbar, dass die Infrastrukturen selbst versagen. Die Dienste brechen zusammen, liefern falsche Daten und Steuerinformationen, legen sensible Geheimnisse offen, ermöglichen die unautorisierte Fremdsteuerung mit geplanten Fehlfunktionen. Der Bruch der Vertraulichkeit kann Firmengeheimnisse und personenbezogene Daten (Datenschutz) betreffen.

Unternehmen müssen verpflichtet werden, eine vollständige Risikoanalyse aller Daten und Anwendungen zu erstellen und das Sicherheitsniveau ihrer Anwendungssoftware, Apps und Systeme von Innen und Außen von einem unabhängigen Dritten sorgfältig untersuchen zu lassen.

Quelle: Gesellschaft für Informatik e.V., Stellungnahme „Kritische Infrastruktur schützen“ 10.11.17

Stuttgart 21

Vor 23 Jahren begann die Planung des neuen Tiefbahnhofs für Stuttgart. Er sollte 2.4 Milliarden Euro kosten und 2020 fertig sein. Inzwischen rechnet die Deutsche Bahn mit 7.6 Milliarden Euro Kosten, der Bundesrechnungshof sogar mit bis zu zehn Milliarden. Und der Bahnhof könnte frühestens 2024 fertig werden.

Die Befürworter von Stuttgart 21 berufen sich immer wieder auf die Volksabstimmung über Stuttgart 21. Schon damals beruhte die Abstimmung auf falschen Zahlen.

Ein großes Problem der Tunnelbauer des Bahnprojekts sind die Gesteinsschichten aus Anhydrit. Wenn dieses Mineral mit Wasser in Berührung kommt, quillt es massiv auf und sprengt alles weg - selbst Tunnelverkleidungen aus Beton.

Weitere Planungsänderungen kamen durch starke Kapazitätsausweitung zustande, wodurch die Kosten steigen. Schon läge die Auslastung des neuen Bahnhofs bei 130%. Es wird dort regelmäßig zu Unfällen kommen (weil er 15 Promille Gleisneigung hat). Der Bahnhof hat bislang kein genehmigtes Brandschutzkonzept. Das wird zu weiteren Kapazitätsverlusten führen. Alle paar Jahre werden die Tunnel gesperrt werden müssen weil der geologische Untergrund 100 Jahre lang quellen wird.

Die Fehlplanung des Projekts insgesamt und in vielen Teilaspekten ist der Grund für Verzögerungen und Kostensteigerungen. Der Bahn fehlen etliche Baugenehmigungen, allein im Bauabschnitt Tiefbahnhof waren 18 Planänderungen erforderlich, ein Ende ist

nicht absehbar. Land und Stadt wollen nicht mehr Geld dafür bezahlen. Bahn will sich das Geld nun per Klage holen. Die hat sie schon am 23. Dezember 2016 beim Verwaltungsgericht Stuttgart eingereicht.

Die Gegner machen sich für ein Umstiegs-Konzept stark, das kostengünstiger ist und die bisherigen Bauarbeiten zum Teil nutzt. So soll die riesige Grube ein Omnibusbahnhof werden.

Quelle: Broschüre: "Stuttgart 21 umnutzen: Auswege aus der Sackgasse"

<http://www.umstieg-21.de/assets/files/Broschuere-Umstieg21-web.pdf>

Franz Alt dazu: <http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/011117.html>

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/stuttgart-was-wird-aus-dem-milliardenloch-1.3773089> 1.12.17

<http://www.kopfbahnhof-21.de/> Leserbrief von Martin Poguntke am 9.12.17

Attac-Verfahren vor dem BFH

Vor mehr als einem Jahr hatte das Hessische Finanzgericht Attac für gemeinnützig erklärt. Nun hat der Bundesfinanzhof (BFH) der Beschwerde des Finanzamtes stattgegeben. Dies bedeutet, dass ein Revisionsverfahren stattfindet und Attac weiterhin nicht rechtskräftig als gemeinnützig anerkannt ist. BFH-Revisionen dauern durchschnittlich 18 Monate. Die Auseinandersetzung um die Gemeinnützigkeit von Attac geht damit ins fünfte Jahr. Das Bundesfinanzministerium behauptet in dem Verfahren, dass nur Parteien, aber nicht gemeinnützige Organisationen gesellschaftliche Alternativen entwerfen dürften. Diese Behauptung wird der Bundesfinanzhof voraussichtlich verwerfen, wie er es in diesem Jahr bereits im Gemeinnützigkeits-Verfahren um den Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Hamburg (BUND) tat. Zur Rechtssicherheit für gemeinnützige Organisationen braucht es kein höchstrichterliches Urteil, sondern politischen Willen. Das Verfahren begann unter dem Finanzminister Schäuble (CDU). Während der Sondierungsgespräche sagte die CDU dazu, es gebe in der Gemeinnützigkeit keinen neuen Regelungsbedarf. Das Finanzministerium behauptet, unter dem gemeinnützigen Zweck "Volksbildung" könne nur verstanden werden, den "Status quo" darzustellen. Alternativen dazu dürften nur Parteien vorstellen, nicht Gemeinnützige.

Quelle: Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung" - 20.12.17.

<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/011169.html>

AfD gegen Campact

Durch eine Anzeige einer AfD-Bundestagsabgeordneten beim Finanzamt gegen den gemeinnützigen Verein der Kampagnen-Organisation Campact, soll dem Verein die Gemeinnützigkeit aberkannt werden.

Die AfD-Abgeordnete verlangt im selbst öffentlich gemachten Brief die Aberkennung der Gemeinnützigkeit wegen eines Spendenaufrufs. Es handle sich dabei um eine „nicht förderungsfähige politische Kampagne innerhalb eines Bundestagswahlkampfes gegen eine bestimmte Partei“. Bildung sei es nicht, da einseitige Agitation.

Das Gemeinnützigkeitsrecht kennt kein Verbot, sich gegen eine Partei zu positionieren. Enger sind die Regeln, wenn der Staat tatsächlich direkt Geld zur Verfügung stellt. So verbietet eine übliche Klausel in Förderbescheiden aus Programmen zur Demokratieförderung, dass mit den Mitteln „Demonstrationen, Veranstaltungen, Veröffentlichungen

oder sonstige Aktionen gegen Parteien“ unterstützt werden. Denn der Staat müsse neutral gegenüber allen Parteien sein.

Im August 2017 hatte die AfD-Fraktion im Landtag Baden-Württemberg mit einer Erklärung gefordert, der Deutschen Umwelthilfe (DUH) die Gemeinnützigkeit abzuerkennen. Als Grund nannte sie, dass der Verein „eine stolze Volkswirtschaft ins Wanken bringen kann“ und dass der Verein nur wenige Mitglieder habe.

Dieses Agieren der AfD gegen gemeinnützige, politisch tätige Organisationen ist umso pikanter, als die AfD Vorteile der Gemeinnützigkeit gerne nutzen möchte – zum Beispiel mit einer parteinahen Stiftung nach dem Muster der anderen Parteien im Bundestag. Und dass ihr Wahlkampf zu großen Teilen aus intransparenten Quellen finanziert wurde.

Quelle: <https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/afd-gegen-campact/>

Steuerfahndung Wuppertal

Die Steuerfahndung in Wuppertal hat dem Staat Milliarden Mehreinnahmen beschert. Nun verliert die Behörde ihre Spitzenleute Sandra Höfer-Grosjean und Volker Radermacher. Sie haben am vergangenen Mittwoch gebeten, aus dem Beamtenverhältnis entlassen zu werden. Ihre Kündigung zum 28. Februar markiert das Ende einer Erfolgsgeschichte. Unter ihrem Chef Peter Beckhoff hatte die Behörde dem Staat rund sieben Milliarden Euro eingebracht - durch die Überführung von Steuersündern und ihnen behilflichen Banken. Nach Beckhoffs Pensionierung machte der frühere Finanzminister Norbert Walter-Borjans (SPD) Höfer-Grosjean zur kommissarischen Leiterin. Mit dem Wahlsieg von CDU und FDP drehte sich der Wind: Höfer-Grosjean sollte an ein anderes Amt wechseln, Radermachers Position wackelte. Walter-Borjans vermutet, dass Schwarz-Gelb der eigenen Klientel entgegenkommen will.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/wuppertal-erfolgreiche-steuerfahnder-wechseln-die-seiten-a-1188631.html> 18.1.18

Macron gegen Finanztransaktionssteuer

In Macrons europapolitischer Rede findet sich auch eine Passage zur Finanztransaktionssteuer. Stattdessen schlägt Macron vor, entweder die in Frankreich unilateral eingeführte Aktiensteuer oder die von Großbritannien jahrzehntelang erhobene Stempelsteuer (stamp duty) in ganz Europa einzuführen. "Was zunächst sehr positiv anmutet, weil das Aufkommen dieser Steuer im Vorschlag Macrons ganz für die Entwicklungshilfe gedacht ist, entpuppt sich im Vergleich zum Modell der Verstärkten Zusammenarbeit als Wohltat für die Finanzindustrie", stellt Pia Schwertner fest, für Oxfam in der Steuerungsgruppe der Kampagne.

Beide von Macron vorgeschlagenen Modelle erfassen nur den Handel mit Aktien. Der Löwenanteil der Transaktionen entsteht aber durch Derivate. Hier sind auch die spekulativen Risiken am größten.

Quelle: Kampagne "Steuer gegen Armut" 27.9.17 <http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/010936.html>

Oxfam gegen Steuervermeidung

Echte Transparenz bedeutet, dass Bürgerinnen und Bürger nachvollziehen können, ob Konzerne in ihrem Land ihren fairen Beitrag zum Allgemeinwohl leisten. Daß nur Steuerbehörden Daten untereinander teilen, reicht nicht aus. Die neue Bundesregierung muß die Blockade Deutschlands bei den derzeitigen EU-Verhandlungen zur öffentlichen

Konzernberichterstattung endlich beenden, den entsprechenden Kommissionsvorschlag unterstützen und damit für Transparenz sorgen, die diese Bezeichnung verdient. Briefkastenfirmen, Treuhandunternehmen und Stiftungen sollten in einem zentralen, öffentlichen Register erfasst werden, so daß ihre Besitzer und Nutznießer zugeordnet werden können.

Oxfam fordert ein globales Steuergremium, in dem alle Länder auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Die Bundesregierung muss den Widerstand Deutschlands gegen eine Aufwertung der Vereinten Nationen im Steuerbereich aufgeben und sich viel stärker für die Interessen der Entwicklungsländer einsetzen.

Quelle: OXFAM, http://www.sonnenseite.com/de/zukunft/oxfam-stellt-aktionsplan-gegen-steuervermeidung-vor.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2011.%20November%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 9.11.17

Paradise Papers

Oxfam fordert mehr Transparenz durch öffentliche Berichtspflichten, schwarze Listen für Steueroasen und Mindeststeuersätze für Konzerne. In einer Analyse von 200 weltweit führenden Unternehmen hat sich herausgestellt, dass neun von zehn mindestens eine Niederlassung in einer Steueroase haben. Das schlechte Beispiel der Steueroasen macht Schule: Betrug der durchschnittliche Unternehmenssteuersatz der G20 vor 25 Jahren noch 40%, liegt er heute unter 30%.

Quelle: OXFAM, http://www.sonnenseite.com/de/wirtschaft/steuerskandal-paradise-papers-zeigt-nur-spitze-des-eisbergs.html?utm_source=%3A%3A%20Sonnenseite%20Newsletter%2011.%20November%202017%20%3A%3A&utm_medium=E-Mail&utm_campaign=Newsletter 6.11.17

Ein Jahr lang recherchierten Journalisten der Süddeutschen Zeitung zusammen mit am Ende 400 Reportern von 100 Medien aus 80 Ländern der Welt an einer der größten Enthüllungsgeschichten aller Zeiten – den "Panama Papers". Der gigantische Datensatz, der 11,5 Millionen Dokumente umfasst, legt die Korruption von Staatschefs, Unternehmen und Profisportlern in bisher nicht bekannter Weise offen.

1,7 Gigabyte war der Datensatz groß, der den Enthüllungen von Wikileaks zugrunde lag, 2,6 Terabyte sind es nun bei den Panama Papers – die 1400-fache Menge. Der anonyme Whistleblower übermittelte der SZ interne Dokumente der panamaischen Kanzlei Mossack Fonseca, die ihr Geld durch den Verkauf von weltweit operierenden Briefkastenfirmen verdient. Die Dokumente belegen, wie eine globale Industrie, angeführt von großen Banken, Anwaltskanzleien und Vermögensverwaltern, die Besitztümer von Politikern, Fifa-Funktionären, Betrügern und Drogenschmugglern, aber auch von Milliardären, Prominenten und Sport-Stars in aller Verschwiegenheit verwaltet.

Whistleblower Edward Snowden adelte die Enthüllungen unterdessen als „größten Leak in der Geschichte des Datenjournalismus“.

Das neue Leak speist sich aus 21 verschiedenen Quellen. Der SZ wurden vertrauliche Dokumente zweier Firmen zugespielt, die sich auf Dienstleistungen rund um Briefkastenfirmen spezialisiert haben: die Anwaltskanzlei Appleby und die kleinere Treuhandfirma Asiacity Trust mit Hauptsitz in Singapur. Zudem hat die SZ die internen Daten der Firmenregister von 19 Steueroasen erhalten, etwa von den Bermudas, den Cookinseln oder Malta.

Appleby ist einer der Marktführer für Offshore-Geschäfte. 100 Millionen Dollar Jahresumsatz, 470 Mitarbeiter, Büros in nahezu allen wichtigen Steueroasen. Gegründet wurde Appleby in Hamilton, der Hauptstadt der Bermudas. Dort residiert die Kanzlei heute in einem schmucklosen Bau. Doch die Liste der Kunden ist erlesen: Darunter sind Prinzessinnen, Premierminister und Hollywoodstars genauso wie einige der reichsten Oligarchen der Welt, aus Russland, dem Nahen Osten, Asien und Afrika.

Appleby wirbt damit, das Geschäft mit Briefkastenfirmen absolut sauber und professionell zu betreiben. Nun steht Lesen Sie die ganze Geschichte: Das ist die Firma Appleby im Zentrum der Paradise Papers - einer internationalen Recherche, die direkt in die Schattenwelt des großen Geldes führt. Die Dokumente belegen bisher unbekannte Verbindungen eines Ministers aus Donald Trumps Kabinett zu russischen Oligarchen; insgesamt finden sich sogar mehr als ein Dutzend Berater, Kabinettsmitglieder und Großspender von Donald Trump in den geleakten Daten.

Unter den Offshore-Nutzern sind auch ehemalige Politiker, etwa der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD).

Steueroasen helfen nicht nur Konzernen dabei, Steuern zu vermeiden, sondern auch Privatpersonen. Es geht längst nicht nur um Steuern, sondern auch darum, dass insbesondere Reiche Gesetze umgehen können, die sie stören - egal ob es um Erbschaftssteuern, Haftungsfragen oder Gläubigerschutz geht.

<http://meedia.de/2016/04/03/panama-papers-sueddeutscher-zeitung-gelingt-groesster-datenleak-coup-aller-zeiten/> 3.4.16

<https://projekte.sueddeutsche.de/paradisepapers/politik/die-recherche-der-sueddeutsche-zeitung-e585964/>

US-Steuerreform und die Energiepolitik

Man erwartet, daß der nächste Schritt nach dem Beschluß der Steuerreform sein wird, Staatsausgaben zu reduzieren, was vor allem Sozialprogramme treffen wird, während der Verteidigungshaushalt um über 10% steigen soll.

Nebenbei werden, was Vizepräsident Mike Pence noch als Zusatz eingebracht hat, Privat- und Kirchenschulen, aber auch Heimunterricht gestärkt, weil nun nicht erst ab dem College jährlich 10.000 US-Dollar dafür von der Steuer abgesetzt werden können.

Nach den Schätzungen des Joint Committee on Taxation stehen den Mindereinnahmen durch die Steuersenkungen von 1,4 Billionen US-Dollar nur knapp 460 Milliarden an Mehreinnahmen durch ein durchschnittliches Wachstum des BIP von 0,8 % gegenüber. Überdies werde die Zinsbelastung steigen, was die Mehreinnahmen weiter senkt.

Es ist vorgesehen, Öl- und Gasfelder in der Arktis zu erschließen, während die steuerlichen Anreize für Wind- und Solaranlagen gesenkt und für den Kauf von eAutos ganz gestrichen werden, während die Steuerabschreibungen für Atomenergie bestehen bleiben sollen. Ein großer Teil des Arctic National Wildlife Refuge soll nun für die Öl- und Gasgewinnung geöffnet werden.

Quelle: <https://www.heise.de/tp/features/USA-In-dem-Gesetz-zur-Steuerreform-soll-auch-die-Energiepolitik-umgedreht-werden-3907403.html?seite=all> 5.12.17 Florian Rötzer